

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN OBERBERG
KÖLNER STR. 296, 51645 GUMMERSBACH

An den Landrat
Herr Jochen Hagt
Moltkestr. 42

51641 Gummersbach

Antrag zum Finanzausschuss und Kreistag:
Wirtschaftsförderung und Lobbyarbeit
transparent und zielorientiert gestalten

**GRÜNE FRAKTION IM KREISTAG
Fraktionsbüro**

Kölner Str.296
51645 Gummersbach
Tel. (0 22 61) 2 45 40
Fax (0 22 61) 2 86 95

www.gruene-oberberg.de

Bürozeiten:

Mo bis Fr 10 bis 16 Uhr

Seb Schäfer, Fraktionsbüro

kreistagsfraktion@gruene-oberberg.de

Andrea Saynisch

Fraktionssprecherin

Tel. 0160 93951411

andrea.saynisch@gruene-oberberg.de

Marie Brück

Fraktionssprecherin

Tel. 0151 17243593

marie.brueck@gruene-oberberg.de

Bus: Linie 301 (Niederseßmar/Post)

Linie 304/ 310 (Ahlefelder Straße)

Gummersbach, 12.3.2021

Die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN stellt folgenden Antrag zum Haushalt 2021/2022:

Haushaltstitel 1.15.01:

1. Der Oberbergische Kreis kündigt die Mitgliedschaft im Verein Metropolregion Rheinland e.V. Der Mitgliedsbeitrag von jährlich 22.000 € wird eingespart (KA544300).
2. die Oberbergische Aufbaugesellschaft mbH (im Folgenden OAG) wird aufgelöst und abgewickelt. Der Kauf weiterer Geschäftsanteile der OAG (5610030) soll nicht erfolgen.
3. der Stellenplan wird im Bereich „Wirtschaftsförderung“ geändert und auf 3 Vollzeitstellen reduziert.

Begründung:

Zu 1: Seit seiner Gründung im Jahr 2017 ist der Metropolregion- Verein bemüht, einen Nachweis für seine Daseinsberechtigung zu erbringen. Nachdem Personalprobleme in den ersten Jahren als Begründung für fehlende Ergebnisse genannt wurden, kam es zu einer umstrittenen Neubesetzung der Geschäftsführung im Parteienproporz. Doch auch danach sind keinerlei positive Impulse für die Region erkennbar. Die Vereinsmitglieder haben deshalb eine Evaluierung in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse bis heute nicht präsentiert werden konnten. Eine schnelle Abwicklung dieses fehlgeleiteten, ergebnislosen und teuren Lobbyinstruments ist deshalb sinnvoll.

Zu 2: Auch im Oberbergischen stehen immer weniger erschließbare Gewerbeflächen bereit, diese Entwicklung ist im Sinne des Klima-, Landschafts- und Ressourcenschutzes zu begrüßen. Hierdurch wird auch das Geschäftsfeld der OAG immer kleiner. Dies führte schon in den letzten 10 Jahren zu nur 4 Projekten. Davon wurden 3 bis 2013 abgeschlossen und eins 2018. In den letzten 5 Jahren kam kein neues Projekt dazu. Die Oberbergische Aufbaugesellschaft sucht deshalb seit Jahren neue Aufgabengebiete. Das gelingt aber erkennbar nicht, vielmehr hat sich in einigen Bereichen eine Doppelstruktur zur Wirtschaftsförderung des Oberbergischen Kreises entwickelt. Beide stehen auf Messen und beide betreiben aktives Standortmarketing für den Wirtschaftsstandort Oberberg.

Ein Tätigkeitsfeld der OAG ist auch die Aufstellung von Bebauungsplänen für kommunale Industriegebiete. Eine Gesellschaft des Kreises entwirft so die Bebauungspläne, die dann vom Kreis als untere Landschaftsbehörde und Bauaufsicht geprüft werden. So kontrolliert eine Hand die andere, das ist zu kritisieren. Auch aus diesem Grund ist eine Auflösung der OAG geboten.

Zu 3: Der Entwurf des Stellenplans für 2021 umfasst 7,5 Stellen im Bereich der Wirtschaftsförderung, davon sind drei Beamte und 4,5 Stellen für tariflich Beschäftigte. Die gesamten Personalkosten in dieser Produktgruppe sollen von 2019 = 554.599 € auf 2022 = 810.124 € und damit um 46% steigen.

Eine realistische Kosten-Nutzen-Rechnung legt die Kreisverwaltung nicht vor. Mit Blick u.a. auf den Breitbandausbau im Kreis kann nicht von einer erfolgreichen Arbeit der Wirtschaftsförderung gesprochen werden. Mittlerweile hat nur Morsbach, als einzig verbliebene Kommune im oberbergischen Kreis, keine eigene Wirtschaftsförderung. Alle anderen Kommunen haben eigene Ansprechpartner für die Wirtschaft. Viele Kommunen arbeiten nicht nur beim Breitbandausbau inzwischen erfolgreich ohne die Koordination des Kreises. Weite Teile der ursprünglich angedachten Betätigungsfelder sind offensichtlich nicht erfolgreich oder obsolet. Eine derartige Doppelstruktur ist nicht effizient und sollte abgebaut werden.

Wir beantragen deshalb eine Reduzierung auf 3 Personalstellen für tariflich Beschäftigte durch mittelfristige Umbesetzung ohne Nachbesetzungen. Das Ziel ist eine effiziente und zielorientierte Wirtschaftsförderung des oberbergischen Kreises.



Andrea Saynisch



Marie Brück